

In der Nähe der Kleinstadt Inzá wurden wir im Juli 2011 gefangen genommen, und wir durchfuhren die Stadt auf dem Weg zur ersten Station unserer Gefangenschaft.

Trotz der Zurückdrängung der FARC aus vielen Landesteilen ist sie in Inzá und dem Departement Cauca weiterhin eine Bedrohung, aber die Regierung tut wenig dagegen.

Das Wochenblatt SEMANA berichtet am 06.10.2014:

Lässt der Staat Inzá ohne Schutz?

Der Ombudsmann alarmierte das Verteidigungsministerium über bevorstehende Angriffe auf den Ort, wo die FARC Landminen in der Schule platzierte.

Die Angst geht um in der Stadt Inzá in Cauca. Dort, in einer Stadt, umringt vom Gebirge, legte die FARC Landminen in eine ärmliche Schule, deren Schüler 120 kleine Kinder sind. Es gibt viele Fragen:

Hat die Guerrilla die verheerenden Folgen für die Kinder kalkuliert, falls die Minen explodieren? Wusste sie, dass diese Aktion eine klare Verletzung des Internationalen Humanitären Rechts ist? Was meinen die in Havanna verhandelnden Führer der Gruppe zu dieser Handlung?

Inzwischen, nachdem der Sender Blu Radio über den Fall berichtet hatte, erwartete man Truppen des Heeres zur Ermittlung der Richtigkeit der Anschuldigung. Es geht um einen weiteren Gewaltakt in einem Ort, wo dies Alltag ist. Zumindest geht das hervor aus einem Brief des Ombudsmannes der Gemeinde vom 18. Februar, gerichtet an die Minister für Inneres und für Verteidigung und an den Direktor der Polizei.

In dem hart formulierten Schreiben teilt Ombudsmann Jorge Armando Otálora mit, welche Risiken sich aus der Umzingelung des Ortes durch die FARC ergeben. „Bei einem Besuch stellte der Nationale Ombudsmann fest, welche Angst auf Seiten der Bevölkerung bezüglich eines Angriffs der FARC herrscht auf das Gebäude, in dem sich die Polizeistation befindet. Ein solcher Angriff könnte Lebensgefahr für die Anwohner bedeuten“, heißt es in dem Brief.

In der Mitteilung erinnert der Ombudsmann daran, dass nach einer Attacke auf die Polizeistation von Inzá am 7. Dezember 2013, bei der diese total zerstört wurde, der Verteidigungsminister die Region besucht hatte und den Wiederaufbau versprochen hatte.

Daher forderte der Ombudsmann dazu auf, effektive Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen weitere Angriffe und Gewaltakte zu ergreifen, und er machte eine Reihe von Vorschlägen zur Verminderung der Risiken, denen die Bevölkerung ausgesetzt ist.

Darunter ist auch die Aufforderung zur Abwägung der Risiken, eine Polizeistation in der Nähe einer Schule, eines Priesterseminars, einer Kirche und von Wohnhäusern zu betreiben. Er bittet auch um Beschleunigung des Verfahrens zum Wiederaufbau der Station und die Verstärkung qualifizierten Polizeipersonals, denn 46% der Polizisten seien Hilfspersonal.

Nunmehr, angesichts der Nachricht über die Legung von Landminen an der Schule durch die Guerrilla, nimmt Ombudsmann Otálora die Sache wieder in die Hand. In einem Interview mit SEMANA nennt er es bedauerlich, dass die Guerrilla weiter bestrebt ist, in Konfrontation zur Staatsmacht zu stehen und außerdem in Unkenntnis der internationalen Normen sei, die verlangen, die Zivilbevölkerung aus bewaffneten Konflikten herauszuhalten.

Der Beamte führt weiter aus: „Wir richten einen Aufruf an die Staatsmacht, sie solle die frühzeitig ergangenen Warnungen beachten und die gegebenen Empfehlungen berücksichtigen, die sich daraus ableiten. Stattdessen beachtet man all das nicht und setzt damit wie immer die Zivilbevölkerung Risiken aus, die inmitten des Konflikts lebt“, sagt Otálora. Was immer auch das Konzept dafür sein mag, so ist die Legung von Landminen bei einer Grundschule eine weitere Infamie der FARC in diesem Land.

Aber man weiß nun auch aus direkter Quelle, dass Inzá noch immer ohne Polizeistation ist. Das geht hervor aus einer Verlautbarung des Ombudsmanns vom heutigen Montag. „Der Minister erklärte, innerhalb von sechs Monaten werde der Posten wieder aufgebaut. Aber darauf folgte ein behördlicher Prozess und die Gemeinde stellte per Urkunde ein Grundstück zur Verfügung. Aber der Bau wurde nicht begonnen. Bis heute besteht die provisorische Station in einem Gebäude, das sich neben zwei Gymnasien befindet, die von etwa 500 Schülern besucht werden. Das ist eine Zone hohen Risikos“, sagt der Regionale Ombudsmann Mauricio Redondo. Völlig skandalöse Daten in einer Zone, die von der Guerrilla eingekreist ist.